

Maikundgebung 2022

„Gemeinsam Zukunft gestalten“



Demonstrationszug zum 1. Mai 2022. Foto: Faloco Fotografie

„Frieden, Gerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt kommen nicht von selbst. Sie müssen immer wieder gemeinsam erkämpft werden.“ Mit diesen Worten rief der Deutsche Gewerkschaftsbund zu Kundgebungen zum 1. Mai 2022 auf. Nach zweijähriger pandemiebedingter Pause ging es wieder auf die Straßen und Plätze, um am Tag der Arbeit ein deutliches Zeichen für eine gerechte und friedvolle Zukunft zu setzen. In Herne begleiteten am Sonntag (1.5.2022) gerade einmal gut 100 Menschen den Demonstrationszug vom Mahnmal für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft an der Bebelstraße. Angeführt von einer Samba-Truppe mit dumpfen Trommelklängen ging es zum Herner Rathaus. Gut 150 Menschen warteten derweil auf dem Rathausplatz an den unterschiedlichsten Info-Ständen zahlreicher Gewerkschaften, Parteien, Organisationen und an den Brautwurst und Bierständen.

Corona und der Krieg



Demonstrationszug zum 1. Mai 2022. Foto: Faloco Fotografie

Die Reden hatten alle die Corona-Pandemie und auch den Krieg in der Ukraine zum Thema. Hernes DGB-Chef Peter Holtgreve mahnte an, Städte wie Herne müssten durch die Corona-Krise zusätzliche Aufgaben schultern, der anhaltende Krieg in der Ukraine und die vom Bundestag beschlossenen gigantischen Rüstungsausgaben kämen noch oben drauf. Die bereits steigende Inflation und Verteuerung des täglichen Lebens, sie würde jetzt schon durch die Decke gehen. Im Gegensatz zu den Superreichen, die trotz der Pandemie nicht nur ihr Auskommen hätten, sondern ihren Reichtum noch mehrern konnten. Gewerkschaften müssten sich auf schwere gesellschaftliche Verteilungskonflikte einstellen. So sei jetzt schon zu erkennen, dass der Rotstift demnächst an vielen Stellen angesetzt würde.

'Arbeit braucht Respekt...'

... aber Geld wäre besser! Aber am besten wäre natürlich beides, denn von Respekt alleine können keine Mieten, Energiekosten und Brötchen bezahlt werden. Zudem würden die Menschen heute dazu angehalten, den Gürtel enger zu schnallen, die Heizung herunter zu drehen und Energie zu sparen. Den Gewerkschaften würde geraten, in den kommenden Tarifrunden Zurückhaltung zu üben, um die Lohn- und Preisspirale nicht aufzuheizen. Holtgreve rechnet vor: Die Tariflöhne in Deutschland seien im vergangenen Jahr durchschnittlich lediglich um 1,7 Prozent gestiegen. Dagegen sprudelten die Gewinne der deutschen Konzerne. Trotz der Pandemie seien 2021 70 Millionen Euro Dividenden ausgezahlt worden - so viel wie nie zuvor. Zeitgleich sei die Rentenarmut auf 16 Prozent gestiegen



Mai-Kundgebung 2022

zur Fotostrecke

Politiker, die dies alles zuließen, würden an Glaubwürdigkeit verlieren. Der kommenden Landesregierung, die am 15. Mai 2022 gewählt wird, rät er, sich in diesen grundsätzlichen Dingen gut zu positionieren. Zudem fordern die Gewerkschaften die Einrichtung eines runden Tisches für die Kinder- und Jugendförderung. Dazu seien beide Arbeitslosenzentren dauerhaft und mit einem höheren Finanzierungszuschuss zu erhalten. Sein Herzenswunsch sei, dass dem schleichenden Gift des Rassismus, der Intoleranz und der rechten Szene auf allen Ebenen entschieden entgegentreten.

'Wir zeigen Flagge'

„Der 1. Mai ist ein wichtiger Tag und es ist schön Euch wiederzusehen“, begrüßte OB Dr. Frank Dudda die Menschen auf dem Platz. Der 1. Mai sei der zentrale Tag der Identifikation mit der arbeitenden Bevölkerung. „Wir zeigen Flagge in einer Zeit, in der viele Menschen Sorgen haben, in der es viel zu beklagen gibt. Aber wir müssen raus aus dem „Angst essen Seele-Zustand““, mahnte Dudda. Denn nur wenn wir rausgingen, könnten wir Kraft schöpfen. Kraft, die wir alle bräuchten, anderen Menschen zu helfen. Menschen in unserer Stadt, aber auch Menschen, die von dem schrecklichen Krieg in der Ukraine zu uns kämen.



Am Rednerpult OB Dr. Frank Dudda. Foto: Faloco Fotografie

Die Pandemie hätte alle geschliffen, hätte Substanz und vielen Menschen das Leben gekostet. Aber, sagte der Oberbürgermeister, er habe Hoffnung, dass die Herner diese schwere Zeit gemeinsam durchstehen. Und weil er diese Hoffnung hätte, darum stünde er hier und „darum steht ihr hier alle. Es gibt viel zu tun nach der Pandemie. Aber wir dürfen den Blick nicht verlieren, das die Kräfte angespannt sind, zum Beispiel in den medizinisch/pflegerischen Bereichen.“

'Ohne Solidarität ist nichts'

„Wir haben eine besondere Verantwortung für die Welt, aber wir haben auch eine besondere Verantwortung, dass diese Folgen nicht die sozial Schwächeren unserer Stadt tragen müssen.“ Dudda mahnte: „Wie sollen die sozial Schwächeren in dieser Stadt mit der hohen Inflationsrate klarkommen?“ Es müssten Entlastungspakete her und / oder die Inflation müsse konsequenter bekämpft werden („auch das soll es ja geben“) oder es müssen weitere Entlastungen her. Stichpunkte: hohe Energiepreise und steigende Nahrungsmittelpreise.

'Herr Putin, beenden Sie diesen Krieg!'

Der Hauptredner, der Gewerkschaftssekretär der IG Bau Sven Bönнемann, hob den 1. Mai als Tag der Arbeiterbewegung hervor. Der Tag, an dem für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft demonstriert würde. „Gemeinsam sind wir heute laut, für Solidarität, für Gerechtigkeit und noch lauter für den Frieden.“ Die Gewerkschaften stünden für ein Europa des Friedens und der Solidarität. Bönнемann forderte: „Russland muss die Kampfhandlungen sofort beenden! Die Verantwortung für das barbarische Töten trägt alleine Russland.“ Es sei die Verantwortung des Kremls und Wladimir Putins. Bönнемann sprach Putin direkt an: „Herr Putin, beenden Sie diesen Krieg.“

Bönнемann sprach viele Missstände an und forderte, der Wohnungsnot in Deutschland entgegenzuwirken. Es dürfe nicht weiter zulässig sein, dass die Hälfte des Monatseinkommens für die Miete "drauf geht". Wo hingegen sich einige wenige mit dem Profit die Taschen voll machten. Es würden über 1 Millionen bezahlbare Wohnungen fehlen.



Gewerkschaftssekretär der IG Bau Sven Bönnemann. Foto: Faloco Fotografie

Eine Realität sei auch: Arm durch Arbeit. Das dürfe es nicht geben und dürfe auch nicht akzeptiert werden. Gewerkschaften würden seit langer Zeit für Lohnuntergrenzen kämpfen. 12 Euro Mindestlohn, das würde ab Oktober 2022 endlich für alle gelten und sei ein Erfolg. Das würde deutlich mehr Geld ins Portemonnaie spülen - wenn sich alle Arbeitgeber dran hielten. Allerdings: Mindestlohnverstöße, unbezahlte Überstunden und falsche Lohngruppeneingruppierungen seien für viele Arbeitgeber an der Tagesordnung.

Die Klimakrise würde aufgrund der vorgenannten Themen immer weiter in den Hintergrund rücken, obwohl wir die Folgen immer deutlicher spüren würden. Klima würde auch die Arbeitswelt immer weiter verändern. Stichwort Bau oder Agrarwirtschaft. Hier sei es längst fünf nach zwölf. Die Herabsetzung des Renteneintrittsalters würde den Rentnern ein Leben in Würde ermöglichen. „Wenn jemand 45 Jahre versicherungspflichtig beschäftigt war, muss diese Person ohne Abzüge in Rente gehen können.“

'Stark machen gegen Rechts'

Alle Redner forderten die Menschen auf dem Rathausplatz dazu auf, sich stark gegen Rechts zu machen: gegen Rassismus, gegen Ausgrenzung, gegen alle Formen der Diskriminierung. Hier gäbe es nur Respekt, sagte auch OB Dr. Dudda und alle, die nicht damit einverstanden wären, müssten mit dem Widerstand der Gesellschaft rechnen.